

2014-01-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
26.11.2013**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Gebhardt, Roland

anwesend bis TOP 7.1 (17:50 Uhr)

anwesend bis TOP 7.2 (18:10 Uhr)

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Fraktion NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

entschuldigt

Siehe Anwesenheitsliste vom 26.11.2013 (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie – mit aktuell 8 stimmberechtigten Stadträten – die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis: **8 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschriften

3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 24.09.2013

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 24.09.2013 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis: **6 : 0 : 2**

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 17.10.2013

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 17.10.2013 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angemerkt, dass auf der Seite 3 der Sachverhalt nicht richtig wiedergegeben worden sei. Er hatte Herrn Hantusch zum einen gefragt, ob er die Wettbewerbsergebnisse aus dem Jahr 2002 kenne und zum anderen, warum er einen neuen Wettbewerb durchgeführt habe. An dieser Stelle habe Herr Hantusch an Frau Jahn verwiesen, die erklärte, dass sie den Sachverhalt prüfen werde. Das Protokoll vom 17.10.2013 solle dahingehend geändert werden. Die Anmerkungen wurden zur Kenntnis genommen.

Nachdem keine weiteren Anmerkungen vorgebracht wurden, stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, das Protokoll vom 17.10.2013 in geänderter Form zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **4 : 1 : 2**

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

3.3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.11.2013

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 05.11.2013 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 3

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 17.10.2013 erfolgte nichtöffentliche Beschlussfassung:

*Vergabe von Planungsleistungen
Infrastrukturprojekt im Bereich der Gewerbegebiete DHW
Rodelben und Industriehafen Roßlau/Gleisbau
Vorlage: BV/297/2013/VI-80*

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt
(Abstimmungsergebnis 5:0:0).

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

- 5.1. **Abschluss der Umgestaltungsmaßnahmen im Georgengarten im Rahmen des Förderprogrammes Welterbe Gartenreich Dessau-Wörlitz 2. Teilprojekt: Das Umfeld im Garten**
Vorlage: IV/031/2013/VI-61

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

- 5.2. **Entwicklungskonzept für den Ortsteil Kleinkühnau**
Vorlage: BV/256/2013/VI-61

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

- 6.1 **Novelierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses zur Sanierung der Grundschule Friederickenstraße 23.**
Vorlage: BV/326/2013/V-40

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

**6.2. Bebauungsplan Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel", 2. Änderung Abwägungsbeschluss
Vorlage: BV/328/2013/VI-61**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

**6.3. 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel" der Stadt Dessau-Roßlau - Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/329/2013/VI-61**

Einführungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

**6.4. Bebauungsplan Nr. 216 - "Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbe-
reiche", 2. Entwurf/Abwägung
Vorlage: BV/339/2013/VI-61**

Bezug nehmend zur Vorlage führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus, dass dieses Thema bereits schon mehrfach in den Ausschüssen behandelt wurde. Auch wenn er selbst nicht nochmal die Gelegenheit hatte, in die alten Unterlagen zu schauen, sei er der Auffassung, dass in Änderung zu dem von der Verwaltung vorgelegten Beschluss einstimmig die Fraktionen beschlossen hatten, den Bereich an der Kreuzbergstraße als einen zentralen Versorgungsbereich auszuweisen. In der nun vorliegenden Vorlage sei dieser Bereich aber nur als Nahversorgungsstandort ausgewiesen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, lege besonderen Wert darauf, den Investor Eisen-Maenicke weiterhin zu begleiten und zu stützen, besonders in Bezug auf die nebengeordnete noch vorhandene Altkaufhalle als Handelsstandort und bat um Wertung der Problematik durch Herrn Schmidt.

Die Perspektive sei nach wie vor gegeben, so **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auch mit der Ausweisung als Nahversorgungsstandort. Im zentralen Versorgungsbereich müssen mehrere kumulative Voraussetzungen zusammen kommen. Um die Planung rechtsicher zu gestalten, habe man sich auf die Bestandsperspektive Nahversorgung konzentriert und diesen Bereich auch als Nahversorgungsstandort ausgewiesen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, hielt weiterhin an seiner Meinung fest, dass man an dieser Stelle etwas anderes beschlossen habe und äußerte seine Empörung darüber. Eisen-Maenicke lebe von den Einkäufern aus dem Umland. Damit sei dies kein Nahversorger sondern

habe eine überregionale Bedeutung. Er erinnerte an den Standort in Dessau-Alten und entgegnete, dass dieser Standort nicht mit dem in der Kreuzbergstraße vergleichbar sei.

Die Diskussion aufgreifend stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Frage, wie man mit diesem Thema umgehen könne und machte deutlich, dass ihm wichtig sei, dass das dem Investor gegebene Wort im Zuge der Genehmigungsproblematik Bestand habe.

Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, informierte über die Ausweisung im Zentrenkonzept als Nahversorgungsstandort. **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, führte hierzu aus, dass dieser Nahversorgungsbereich nicht mit aufgeführt war und erst durch die Intervention aufgenommen worden sei. Es handelte sich zu keinem Zeitpunkt um einen zentralen Versorgungsbereich.

Der in der Begründung zur Satzung aufgeführte Punkt „Nicht aufgeführte Nahversorgungsstandorte“ beinhaltete vorher die Kreuzbergstraße, so **Herr Reinsdorf, persönlicher Referent des Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Auf der Grundlage der Diskussionen und dem Abstimmungsergebnis sei dieser Bereich wieder als Nahversorgungsstandort aufgenommen worden, aber nicht als zentraler Versorgungsbereich.

Sollte seitens eines Investors Interesse zu investieren bestehen, so sollte dieser auch entsprechend eine positive Begleitung erfahren, hob **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hervor. Weiterhin legte er explizit Wert auf die Garantie des Einzelhandelsstandortes in Kooperation mit dem dort vorhandenen Investor Eisen-Maenicke und dass dies für die Zukunft so bestehen bleiben soll.

Auf die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, was diese Art von Bewertung als Nahversorgungsstandort einschränke, erläuterte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass zum Beispiel ein Möbelhaus möglich wäre. Es werde unterschieden in zentrenrelevante und nichtzentrenrelevante Sortimente. Der Standort Kreuzbergstraße ist nach wie vor auch für nichtzentrenrelevante Sortimente in Komplementärnutzung zu Eisen-Maenicke möglich. Der Bereich Nahversorgungsstandort bedeute, dass im Schwerpunktbereich die Möglichkeit von Lebensmittel prioritär mit ergänzenden Sortimenten, die branchenüblich sind, bestehe.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, betonte, dass ein Lebensmittelmarkt möglich sein sollte.

Lebensmittelmarkt und Möbelhaus seien garantiert, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, abschließend und stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

**6.5. Bebauungsplan Nr. 216 "Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche", 2. Entwurf / Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/347/2013/VI-61**

Die laut Bebauungsplan festgesetzten zentralen Versorgungsbereiche, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, seien in den Plänen nicht richtig als solche ausgewiesen, so z. B. der Standort Junkerspark. Diese sollten genauer markiert bzw. dargestellt werden. Weiterhin äußerte er seine Verwunderung darüber, dass der Standort Kreuzbergstraße keinen zentralen Versor-

gungsbereich darstelle aber in Kochstedt der Bereich Altenpflegeheim als zentraler Versorgungsbereich ausgewiesen sei.

Hierzu entgegnete **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass dies im Bebauungsplan Nr. 136 A 1 festgesetzt sei und es sich um sogenannte komplementäre Nutzungen, die Versorgungsfunktionen wahrnehmen, handele.

Im Bezug auf die Kreuzbergstraße werden Unterschiede gemacht, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Er hätte Kochstedt auch nur als Nahversorgungsstandort eingestuft.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fügte hinzu, dass hier auch die Einwohnerzahl, die das Versorgungsgebiet betreffe, berücksichtigt werden müsse und stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

6.6. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 220 „Ausstellungszentrum für das Bauhaus“ Vorlage: BV/346/2013/VI-61

Eingangs wurde durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dargelegt, dass bis letzte Woche Freitag, 22.11.2013, dieser Beschluss unter Vorbehalt stand. Am Freitag habe sich der Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus Dessau für den Standort Stadtpark abschließend entschieden. Nun könne man sukzessive in die Planung - gemeinsam mit der Stiftung Bauhaus Dessau – gehen. Hierzu sind die planerischen Voraussetzungen zu schaffen.

Herr Reinsdorf, persönlicher Referent des Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung, setzte die Mitglieder des Ausschusses in Kenntnis, dass der Vorbehalt bzw. die Bedingung, die den Beschlussvorschlägen vorangestellt ist, nun vom Einreicher zurückgenommen bzw. aus der Vorlage gestrichen werde.

Mit Verweis auf die in der Anlage 1 der Beschlussvorlage erwähnte harmonische Einbettung des künftigen Baukörpers in die Gesamtsituation argumentierte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass er sich auch etwas spektakuläres vorstellen könne und halte daher eine Einschränkung an dieser Stelle für ungünstig. Des Weiteren hinterfragte er den Geltungsbereich des Bebauungsplanes bezüglich der Eingrenzung der Fläche gegenüber der Antoinettenstraße. Er befürwortete eine Vergrößerung des Geltungsbereiches um die Größe der Ausgrenzung. Baukörper und Parkfläche sollten nicht so weit auseinander liegen.

Mit Bezug auf die Argumentation von Herrn Otto führte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, aus, dass die Eingrenzung der Fläche avisiert wurde, um den Stadtpark nicht noch weiter einzugrenzen. Die in der Vorlage benannte Fläche sei für die Umsetzung ausreichend und ist auch so mit der Stiftung Bauhaus Dessau besprochen wurden. Es sollten so wenige Eingriffe wie möglich erfolgen.

Weitergehend äußerte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, seine Bedenken, da bei Regenwetter die Besucher von der an den Y-Häusern gelegenen Parkfläche bis zum Ausstellungszentrum im Regen laufen müssten. Dies seien zu lange Wege.

An dieser Stelle verwies **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf den Geltungsbereich zur förmlichen Auslegung, welcher dann maßgebend sei. Eine Verständigung auf einen iterativen Prozess in Hinblick auf den zu führenden Wettbewerb sei erfolgt. Eine Geltungsbereichsänderung sei auch noch zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Die Bewerkstellung des ruhenden Verkehrs soll auf den bereits vorhandenen Parkflächen erfolgen, so **Herr Hantusch**. Diese brauchen nur erweitert werden und stellen somit einen geringen Eingriff in den Stadtpark dar.

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz, reflektierte, dass es große Vorbehalte bezüglich der Bebauung des Standortes Stadtpark gab. Sie sehe den Geltungsbereich als vernünftigen Kompromiss an, da ohnehin in den Bereichen Parkplatz und Haus einige Bäume entfernt werden. Der ausgegrenzte Bereich sei der mit dem wertvollsten Baumbestand – uralte Platanen. Wenn es die Möglichkeit zum Erhalt dieser gebe, könne man den Besuchern zumuten, ein paar Schritte mit dem Regenschirm zu laufen.

Der Argumentation von Herrn Otto zustimmend, fügte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, an, dass die Erhaltung der Bäume mit in der Aufgabenstellung zu berücksichtigen sei, dies aber eine Erweiterung des Areals nicht ausschließe. Das Gebiet könne aus seiner Sicht größer gefasst werden.

An dieser Stelle wies **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf die Honorarkosten hin, die abhängig von der Größe des Plangebietes sind.

Diese sollten bei solch einen bedeutsamen Bauwerk nicht in den Vordergrund gestellt werden, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, weiter und votierte für die Erweiterung des Geltungsbereiches um dieses Areal.

Dies befürwortete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, mit der Maßgabe der Berücksichtigung der Argumentation von Frau Dr. Kegler.

Die Diskussion fortführend verwies **Frau Dr. Lott, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf den Masterplan Innenstadt. Die Parkplätze sollten im Bereich der Y-Häuser angeordnet werden, um in Bezug auf die starke Hauptbewegungsachse vom Bahnhof in die Innenstadt, rein in den Stadtpark nicht unmittelbar in ein Parkfeld gelenkt zu werden. Der Masterplan Innenstadt arbeite konsequent mit dieser Bewegungsachse.

Zur Entwicklung des Projektes lege **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, besonderen Wert auf Freiräume in Bezug auf den Bereich des Experimentellen. Es könnte eine beispielgebende Initialzündung werden. Es sollte ein Bau kreiert werden, der einen Beitrag zur internationalen Architektur leiste. Ein internationaler Wettbewerb sei zielführend. Des Weiteren sollten die Argumente von Frau Dr. Lott eine Rolle bei der Betrachtung spielen. Vielleicht erreiche man sogar eine Aufwertung des Stadtparkes.

Einer Änderung des Geltungsbereiches würde **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, nicht zustimmen, da er der Meinung sei, die vorliegende Variante sei eine gute Lösung.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erinnerte an die bereits mit dem Stiftungsrat abgestimmte Fläche. Die Argumente bezüglich des wertvollen Baumbestandes seien nachvollziehbar.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, äußerte wiederholt, dass er keine Probleme bei der Erweiterung des Areals sehe und verwies auf **Herrn Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, der zusammenfassend darlegte, dass die eingebrachte Vorlage das Abstimmungsergebnis zwischen Stiftung und Verwaltung sei und danach das Planungsbedürfnis räumlich abgegrenzt worden ist.

Abschließend stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den Änderungsantrag von **Herrn Otto**, den Geltungsbereich in Gänze entlang des Weges zufassen, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

5 : 3 : 0

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die geänderte Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 3

Die Beschlussvorlage wurde geändert bestätigt.

6.7. Befreiung von der örtlichen Bauvorschrift (Festsetzungen Nr. 7 und 8) des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 37 "Shopping- und Dienstleistungszentrum "Franzstraße / Askanische Straße" Vorlage: BV/341/2013/VI-61

Bezug nehmend zur Vorlage führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus, dass in der Anlage 1 ausgeführt sei, dass der Beirat für Stadtgestaltung alle unbeleuchteten Werbeanlagen befürworte. In den folgenden Anlagen der Vorlage sei in Differenz zur Anlage 1 ausgeführt, dass diese Werbeanlagen während der Öffnungszeiten beleuchtet werden und dies auch von den Anliegern Zustimmung fand. Er persönlich befürworte die beleuchtete Variante. Auf Nachfrage im Dessau-Center wurde ihm die beleuchtete Variante bestätigt. Des Weiteren wies er auf einen Fehler in der Anlage 1, Seite 3 hin, statt Georgenallee müsse es Georgenstraße heißen. Aus der Vorlage gehe nicht klar hervor, was beschlossen werden soll, beleuchtete oder unbeleuchtete Werbeanlagen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, verwies auf das Gesamterscheinungsbild. Eine Aufwertung sollte unkompliziert erfolgen.

Abschließend bat **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, um erneute Einbringung einer qualifizierten Beschlussvorlage.

Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, stimmte der Behebung der Diskrepanz zu.

Anschließend wurde die Beschlussvorlage zur Qualifizierung durch den Einreicher **zurückgestellt.**

6.8. Neufassung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/356/2013/VI-83

Einführend in die Thematik verwies **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt und Naturschutz**, auf die heute ausgeteilte Unterlage mit den Erläuterungen der Änderungen zur bisherigen Abfallentsorgungssatzung. Die Erstellung einer Synopse machte an dieser Stelle keinen Sinn, da die Satzung neu geordnet wurde. Fortführend erläuterte **Frau Dr. Kegler**, dass nun die Satzung von 2005 geändert werde. 2009 wurde vom Stadtrat bereits eine neue Satzung beschlossen, die jedoch nicht veröffentlicht wurde. Der Ausschluss von Abfällen von der Entsorgung bedürfe die Zustimmung der zuständigen Behörde, hier das Landesverwaltungsamt als zuständige obere Abfallbehörde. Die Zustimmung sei bis heute nicht erfolgt. Daraufhin habe der Eigenbetrieb Stadtpflege ein Gutachten anfertigen lassen, Anlagen wurden überarbeitet. Die Neufassung der Satzung wurde zum großen Teil vom Eigenbetrieb erarbeitet, da diese die Arbeitsgrundlage des Betriebes bilde. Im Folgenden erläuterte **Frau Dr. Kegler** die ausgereichte Unterlage ausführlich.

Abschließend stelle **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig ungeändert bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Berichterstattung zum Stand der Bearbeitung des Radverkehrskonzeptes

Zum Bearbeitungsstand Radverkehrskonzept berichtete **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass vor ca. 1 Jahr dem Ausschuss eine Informationsvorlage mit Stand zur Abarbeitung der 1. Stufe vorgelegt worden war. In diesem Jahr wurde konstruktiv daran weitergearbeitet, ein Ingenieurbüro aus Dresden wurde für die 2. Stufe beauftragt. Dieses Büro habe einschlägige Erfahrungen bei der Bearbeitung solcher Konzepte. Erste Arbeitsgespräche wurden mit dem Büro durchgeführt. Es gebe insgesamt sechs Arbeitsstufen, die gemeinsam mit dem Büro besprochen werden sollen. Drei Workshops sollen einberufen und durchgeführt werden, an denen neben den Interessengruppen wie die IG Fahrradfreundliche Stadt auch die Fachämter der Verwaltung und Politik mit einbezogen werden. Die Fraktionen des Stadtrates sollen entsprechend eingeladen werden, um dann gemeinsam die 2. Stufe des Radverkehrskonzeptes auf den Weg zu bringen und zu diskutieren. Der Erarbeitungsprozess soll Mitte nächsten Jahres beendet sein und ein schlüssiges Konzept vorliegen. Abschließend bat **Frau Jung** um Unterstützung und Mitarbeit der Stadträte.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bat um die Anfügung der Aufgabenstellung, die das Ingenieurbüro erhalten habe, am Protokoll dieser Sitzung.

Weiterhin informierte **Herr Gebhardt, Fraktion der CDU**, über den Zustand des Radweges von der Autobahnbrücke in Richtung Kleutsch. Seit Jahren werde dieser Radweg Stück für Stück angegriffen. LKW wenden an dieser Stelle und beschädigen den Radweg. Seit 2 Jahren werde diese Problematik im Ortschaftsrat thematisiert aber es passiere nichts.

Die Nachfrage von **Frau Jung, Tiefbauamt**, ob es um den Abschnitt, der in der Baulast des Bundes - hier die Landesstraßenbaubehörde sei, gehe wurde von **Herrn Gebhardt** bejaht. Dieser berichtete weiter, dass er eine schriftliche Antwort erhalten habe mit dem Inhalt, dass dieser Abschnitt ständig von der Straßenmeisterei bestreift werde und sobald Schäden auftreten sollten, diese behoben werden. Dem sei aber nicht so. Er erwarte von der Verwaltung hierzu eine Reaktion.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, nahm dies als Prüfauftrag mit auf.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11) – Informationen zum aktuellen Stand

Zur Thematik Ersatzneubau Muldebrücke informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, dass das Vergabeverfahren laufe. Der ursprüngliche Submissionstermin war für den 19.11.2013 angesetzt. Erwartungsgemäß erhielt die Stadt Bieteranfragen, speziell 2 Rügen, weil der Submissionstermin zweimal verschoben wurde. Eine Rüge befinde sich derzeit noch in Bearbeitung. Der aktuelle Termin für die Submission sei am 03.12.2013 geplant. Dies wurde mit der Vergabestelle abgestimmt.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Informationen zum Sachstand Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Zum weiteren Ablauf zur Thematik Ostrandstraße informierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Zum Schwerpunkt Stand des denkmalrechtlichen Abstimmungsverfahrens mit der ICOMOS Monitoring Gruppe Deutschland wurde aufgezeigt, dass der Abstimmungsprozess abgeschlossen sei und gemäß der Vereinbarung vom 09.07.2013 die feinjustierte Gestaltungsplanung an die Beratungsteilnehmer übergeben wurde. Die Einspruchsfrist sei ohne Einwände verstrichen, so dass das abgestimmte Ergebnis gelte und in die entsprechenden Planungsunterlagen einzuarbeiten sei. Ein weiterer Schwerpunkt war der Stand der naturschutzrechtlichen Überarbeitung der Planfeststellungsunterlagen. Diese sollten dahingehend präzisiert werden, dass sie mit größtmöglicher Sicherheit einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Die sich daraus ergebenden Korrekturen, Präzisierungen und Ergänzungen befinden sich derzeit in Bearbeitung. Weiterhin sei zusätzlich ein Gutachten zum Einfluss von Luftschadstoffen auf die Lebensraumtypen im FFH-Gebiet beauftragt worden. Die erforderliche Bearbeitung könne nur stufenweise erfolgen, so dass ein neuer Bearbeitungszeitraum bis März 2014 entstehe. Folglich werde der Planfeststellungsbeschluss voraussichtlich im Frühjahr 2015 vorliegen.

Die Ausführungen ergänzend beleuchtete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Terminverschiebungen auch ihn unzufrieden stimmen aber es keine andere Möglichkeit gebe. Man versuche alle Angriffsmöglichkeiten soweit wie möglich zu verhindern. Durch den Managementplan Muldeau habe sich die Situation verändert, so dass darauf reagiert werden müsse.

Die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob der Deich und die Deichscharfe jetzt realisiert werden können oder ob man bis 2015 warten müsse, beantwortete **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Die Maßnahme werde vom LHW koordiniert. Mit der Realisierung müsse man nicht bis 2015 warten, aber einen exakten Zeitraum habe man vom LHW noch nicht erfahren.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, bat Herrn Pfefferkorn diesbezüglich beim LHW nachzufragen.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Informationen zum Abbruch Arzneimittelwerk

Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, berichtete zur Thematik Abbruch Arzneimittelwerk. Die Treuhänderin SALEG mbH bereite nun im Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest den Rückbau/Abriss der nichtdenkmalgeschützten Bereiche im ehemaligen Arzneimittelwerk in der Jahnstraße/Karl-Liebknecht-Straße vor sowie dessen Durchführung. Seit Ende März 2013 handelt die SALEG als Eigentümerin. Die Medien wurden abgeschaltet und entsprechende naturschutzfachliche Gutachten erstellt. Das Leistungsverzeichnis für die Ausschreibung wurde überarbeitet. Nun könne die Ausschreibung beginnen. Vorgesehen sei die Ausschreibung für Dezember 2013. Es bestehe ein enges Zeitfenster, bis Ende Februar 2014 soll die Realisierung der Abrissmaßnahmen erfolgt sein. Grundsatzbeschlüsse wurden bereits gefasst. Eine geänderte Gesamtfinanzierung sei nicht notwendig.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

Informationen zur Kavallerstraße – Beantwortung Anfrage von Herrn Otto

Zur geäußerten Anfrage von Herrn Otto in der letzten Sitzung am 17.10.2013, in welchem Gremium der Beschluss zur verkehrstechnischen Untersuchung gefasst wurde, informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass es einen Arbeitsauftrag aus der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 20.06.2012 gab. Der Oberbürgermeister habe am 05.08.2013 die finanziellen Mittel für die Erarbeitung eines Gutachtens zur Teilentlastung der Kavallerstraße vom Verkehr freigegeben. Die Höhe der Kosten belaufe sich im Rahmen der Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Da es hier um Wertung der Planung und Notwendigkeit gehe, bat **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um einen Qualitätsabgleich der Wettbewerbsergebnisse 2002 mit European 2010. Mit dem Wettbewerb 2010 erfolgte ein Qualitätssprung in der Entwicklung.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

Informationen zur Städtebaulichen Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zum Sachstand der Meisterhäuser informierte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, über die Umsetzung der Arbeitsrichtung in Bezug auf die Fenster. Er habe das Unternehmen aufgefordert neue Fenster zu produzieren. Es wurde bestätigt, dass diese bereits in der Produktion seien und im Januar geliefert sowie im Februar eingebaut werden sollen. Zum Thema Kosten berichtet Herr Bekierz weiter, dass hierzu eine Untersuchung erfolge, ob und welche Kosten von der Stadt zu tragen seien.

Zur Problematik Nachforderungen Rohbauarbeiten führte **Herr Bekierz** weiter aus, dass die Verwaltung mehrfach das Unternehmen aufgefordert habe prüffähige Unterlagen einzureichen. Dies wurde mehrfach verschoben. Eine Zusage sei nun für Ende Dezember erfolgt. Der öffentliche Auftraggeber habe keine Möglichkeit hier Druck auszuüben sondern müsse warten. Solche Ansprüche verjähren nicht. Eine Verjährung könne erst nach der Schlussrechnung eintreten.

Zum Thema Trockenbau erläuterte **Herr Bekierz**, dass die beschränkte Ausschreibung erfolgt sei, eine Kostenüberschreitung trete nicht ein. Die Arbeiten seien angelaufen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte bei den Mitgliedern des Ausschusses an, ob es von Interesse sei, den Baufortschritt von anderen Objekten/Baustellen vor Ort zu besichtigen, um in der Öffentlichkeit auch weiter sachgerecht argumentieren zu können und die Zusammenarbeit zwischen Rat und Akteure zu stabilisieren. Er würde für die Planung der nächsten Ausschusssitzungen Ortsbesichtigungen eintakten wollen.

Hierzu verwies **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, auf den Bauzustand des Georgiums und der Friederikenschule.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte hierzu grundsätzlich seine Bedenken bezüglich der Kopplung von Vor-Ort-Terminen mit der eigentlichen Sitzung des Ausschusses, da die Arbeit des Ausschusses beeinträchtigt werde. Hier sollte eine Trennung der Termine erfolgen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, votierte für die Verbindung von Praxis und Theorie. Dies sei in Abhängigkeit von der Fülle der Tagesordnung zu stellen.

Eine Eintaktung der Besichtigung des Georgiums werde man für eine der übernächsten Sitzungen vornehmen, so **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**.

Auf die Nachfrage von **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, zur Außenanlage legte **Herr Bekierz** dar, dass diese Leistung mit beauftragt sei und aber erst im Frühjahr zur Ausführung komme.

Zur weiteren Nachfrage von **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, zur Problematik Toilettenhaus, argumentierte **Herr Bekierz**, dass Form und Umfang noch geklärt werden müssen.

In Bezug auf die Meisterhäuser führte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, aus, dass die Fensteröffnungen ursprünglich bündig mit der Wand verschlossen werden sollten. Bei der Besichtigung der Bemusterung war er über den außen sichtbaren großen schwarzen Rahmen um die Fensterscheiben sowie die Fuge zwischen Verglasung und Laibung von 5 cm Breite erschrocken. Nun gebe es einen Bruch zwischen Wand und Glas. Der Eindruck der Bündigkeit sei nun zerstört.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, entgegnete hierzu, dass die Fugen nicht versteckt sondern ehrlich gezeigt werden sollen. Der Planer sah hier keine Probleme, es passe zu seiner Philosophie.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemängelte, dass zum Teil eine Abstimmung erfolge und zum anderen wiederum nicht.

Die Fuge bewege sich im untersten Bereich in einer Größenordnung von 10 bis 20 mm, so **Herr Bekierz**. Der relativ breite schwarze Streifen stelle die Verklebung der Glasscheibe auf dem Metallrahmen dar.

In Bezug auf die Diskussion vor Ort verwies **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf die Homogenität der Übergänge der Materialien.

In der Verklebung waren Unregelmäßigkeiten enthalten – im Bereich, wo das Fenster auf Metall aufgeklebt wurde, so **Herr Bekierz**. Diese seien besonders aufgefallen aufgrund der darunter liegenden silbernen Schiene. In Erkenntnis daraus, werde diese silberne Schiene schwarz gestaltet.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

7.2. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Bezug nehmend auf die Thematik Neubau Schwimmhalle informierte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass die Mitglieder des Ausschusses zur Diskussion der Thematik am 03.12.2013 geladen wurden. Bei der Ausreichung der Unterlagen wurde die entsprechende Aufgabenstellung nicht mit versandt. Diese werde aber zur Vorbereitung auf die Diskussion benötigt. Er forderte die Nachreichung bzw. die morgige Versendung, um eine rechtzeitige Ausreichung zur Vorbereitung auf die Sondersitzung abzusichern.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, stimmte dem o. g. zu, da dieses Papier zur Vorbereitung und Diskussion notwendig sei.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, teilte mit, dass er diese Problematik an den zuständigen Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung weiterleiten werde.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:10 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, um 18:20 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 02.12.2013

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

S. Günther
Schriftführerin